



GÜNTER GLOSER  
STAATSMINISTER FÜR EUROPA

10117 BERLIN, DEN  
WERDERSCHER MARKT 1  
TELEFON: 01888 - 17-2926  
TELEFAX: 01888 - 17 3903

30. März 2006

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Dr. Peter Gauweiler  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Betr.: Schriftliche Fragen für den Monat März 2006  
hier: Fragen Nr. 3/163, 164

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage:

*Sind der Bundesregierung die Berichte - unter anderem aus der Bildzeitung vom 22. März 2006, Seite 1 – bekannt, wonach derzeit die Überreste von 4000 deutschen Soldaten, die im zweiten Weltkrieg in Osteuropa gefallen sind, derzeit in „Papp-Särgen“ in einer ehemaligen Fabrikhalle in Tschechien lagern, weil eine würdevolle Beerdigung aus finanziellen Gründen gescheitert ist, und was beabsichtigt die Bundesregierung in dieser Angelegenheit zu unternehmen?*

beantworte ich wie folgt:

Die Kriegsgräberfürsorge im Ausland wird im Auftrag der Bundesregierung gemäß Rahmenvereinbarung vom 10. Dezember 2003 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (VDK) wahrgenommen.

Der Bundesregierung sind die genannten Medienberichte bekannt, denen durch einen Ortstermin am 22. März 2006 im Beisein von Vertretern tschechischer Stellen sowie Vertretern der Deutschen Botschaft Prag und des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (VDK) nachgegangen wurde.

Die Bundesregierung ist zusammen mit dem VDK bemüht, eine würdige Bestattung der sterblichen Überreste der Soldaten so bald wie möglich zu ermöglichen. Der VDK hat zugesichert, umgehend Verbesserungen in Bezug auf die Aufbewahrung der sterblichen Überreste und ihre würdige Unterbringung vorzunehmen. Der VDK hat die Beisetzung in spätestens zwei Jahren auf einem noch zu errichtenden Soldatenfriedhof in Aussicht gestellt.

Ursprünglich hatte der VDK in der Tschechischen Republik als Soldatenfriedhof für 6.000 - 7.000 deutsche Gefallene des 2. Weltkrieges den ehemaligen deutschen evangelischen Friedhof in Prag-Strasnice vorgesehen. Dieser Friedhof wurde im Jahre 2002 unter Denkmalschutz gestellt, woraus sich gegenüber den ursprünglichen Planungen ein aus Denkmalschutzbestimmungen resultierender erheblicher finanzieller Mehrbedarf ergab. Die Gesamtkosten hätten danach mindestens 2,4 Mio. € betragen. Diese Mehrkosten konnten weder vom VDK selbst noch aus Mitteln der Bundesregierung übernommen werden.

Ihre Frage:

***Durch welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zu gewährleisten, daß Umfang und Qualität der wichtigen – im Staatsinteresse liegenden – Aufgabe der Kriegsgräberfürsorge zur Vermeidung derartiger Fälle in Zukunft angemessen und würdevoll erfüllt werden kann, und durch welche Veränderungen bei den Mittelzuweisungen aus den verschiedenen Ministerialhaushalten wird die Bundesregierung dieses Ziel unterstützen?***

beantworte ich wie folgt:

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge führt seit Jahrzehnten in enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigem Amt mit großem Einsatz und überwiegend aus eigenen Mitteln in vorbildlicher Weise die Kriegsgräberfürsorge im Ausland durch. Der Volksbund pflegt gegenwärtig ca. 830 deutsche Soldatenfriedhöfe aus beiden Weltkriegen im Ausland. Wichtige Aufgaben sind weiterhin die Bergung von Gefallenen in Osteuropa und die Umbettung auf Soldatenfriedhöfe.

Die eigenen Einnahmen des VDK ergänzende Zuwendung des Auswärtigen Amtes war bisher für die Aufgabenerfüllung ausreichend. Vor dem Hintergrund der zurückgehenden eigenen Einnahmen des VDK (Spenden, Mitgliedsbeiträge) wird auf das Auswärtige Amt die Forderung zukommen zu prüfen, inwieweit eine Erhöhung der jährlichen Zuwendung möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

